

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Harald B. Schäfer MdB zum Anschlag in Celle: Albrechts gefährliches Verfassungsverständnis.

Seite 1

Klaus Wettig MdEP zum Ergebnis der jüngsten EG-Agrarverhandlungen: Kiechle wie immer konzeptlos.

Seite 3

Hans Urbaniak MdB zu den Arbeitsbedingungen der nationalen Meldestelle für gefährliche chemische Stoffe: Gesetzlicher Auftrag nicht erfüllbar.

Seite 5

Ernst Haar MdB zur Personalsituation bei der Deutschen Bundesbahn: Neueinstellungen statt Überstunden.

Seite 6

41. Jahrgang / 80

28. April 1986

Gefährliches Rechts- und Verfassungsverständnis

Albrecht huldigt dem Grundsatz, der Zweck heiligt die Mittel

Von Harald B. Schäfer MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Auch im zeitlichen Abstand und dem Bemühen, sich in die Zeit der terroristischen Anschläge Mitte der 70er Jahre wieder hineinzuversetzen, muß festgestellt werden: Der vom Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen im Jahre 1978 durchgeführte Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Celle ist mit den Grundsätzen unseres Rechtsstaates nicht zu vereinbaren.

Der Zweck heiligt nicht alle Mittel! Auch in der Bekämpfung und Verfolgung des Terrorismus muß sich der Rechtsstaat rechtsstaatlicher Mittel bedienen. Unsere Rechtsordnung gerät in Gefahr, wenn sich die Organe, die ihn verteidigen sollen, selbst rechtswidrig verhalten.

Genau dies war aber in Niedersachsen 1978 der Fall.

Der Bürger muß sich darauf verlassen können, daß sich die Sicherheitsorgane nach Recht und Gesetz verhalten und sich

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kemijähtiger Überzug
mit verstellbarem Rotations-
Kerndruck-Papier



keine Freiräume für ihr Handeln schaffen. Er muß auch davon ausgehen können, daß die Politiker, die staatliches Handeln zu verantworten haben, nur nach den rechtsstaatlichen Grundsätzen entscheiden.

Für den noch amtierenden Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Ernst Albrecht, gelten diese Grundsätze offenkundig nicht immer. Sein jetziger Versuch, den eindeutigen Rechtsverstoß des Landesamtes für Verfassungsschutz Niedersachsen vom Jahre 1978 als Beitrag zur Bekämpfung des Terrorismus zu rechtfertigen, huldigt dem Grundsatz, der Zweck heiligt die Mittel.

Diese Grundhaltung ist die Axt am Baum unseres demokratischen Rechtsstaates.

Die SPD fordert die vollständige Aufklärung des gesamten Vorgangs und aller seiner Hintergründe.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion für Dienstag eine Sondersitzung des Innenausschusses beantragt. Am Ende der Aufklärung des Sachverhalts und der Beratung kann nur stehen: Jeder der Demokratie und dem Rechtsstaat verpflichtete Politiker muß diese Art „staatlicher Sicherheitspolitik“ ablehnen.

Die Terroristen handeln nach dem Motto „der Zweck heiligt die Mittel“. Die staatlichen Organe und die Politiker handeln nach anderen Grundsätzen. (-/28.4.1986/rs/ks)

* * *

Kiechle wie immer konzeptlos

Niederlage in Serie und Gefährdung der EG-Integration

Von Klaus Wettig MdEP

Stellvertretender Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses beim SPD-Vorstand

Vor vierzehn Tagen sollte mit dem Treffen von Welze ein Signal für die Agrarpolitik der Bundesregierung gesetzt werden. Obwohl das Elefantentreffen mit viel Aufwand veranstaltet wurde, bildete sich damals schon der Eindruck: Ort, Beteiligte und öffentliche Darstellung dienen vor allem der Wahlkampfhilfe für den bedrängten Ernst Albrecht.

Wie zutreffend dieser Eindruck war, bestätigte schon zwölf Tage später der Abschluß der Agrarpreisverhandlungen für das Wirtschaftsjahr 1986/87. Ignaz Kiechle konnte mit Welze und dem folgenden Kabinettsbeschluß zwar seine Verhandlungslinie, Preissenkungen zu verhindern, absegnen lassen, doch auf die Realität der Preisverhandlungen blieb dies ohne Einfluß. Seit Beginn der Agrarpreis-Diskussion im Februar wurde überdeutlich, daß Kiechle wie 1985 nur eine Abwehrposition einnahm und niemand ein Konzept bei ihm entdecken konnte.

Den Abbau der Überschüsse zu proklamieren, damit die Preise sich wieder erholen könnten, ohne dafür auch konkrete Vorschläge zu machen, reichte ebenso wenig aus, wie gegen Preissenkungen einzutreten aber im gleichen Atemzug der EG höhere Finanzmittel für diese Preispolitik zu verweigern. Auf diesen Widerspruch in der EG-Politik der Bundesregierung ist Kiechle denn auch genüßlich vom Präsidenten des EG-Agrarministerrates, dem niederländischen Landwirtschaftsminister Gerrit Braks, und seinen anderen Kollegen hingewiesen worden. Der deutsche Finanzminister Stoltenberg stand mit seiner Forderung nach Haushaltsdisziplin stets im Widerspruch zu Kiechles parteipolitischen Forderungen, die nur bei Verletzung der Haushaltsdisziplin zu bezahlen waren.

Kiechle war wegen dieses Widerspruchs von Anfang an im Agrarministerrat isoliert und steuerte erneut auf eine Abstimmungs-Niederlage zu. Allein schon die Wiederholung der Abstimmungssituation von 1985 ist ein Debakel für die EG-Politik der Kohl/Genscher-Regierung. Wer sich so verschätzt, wer so verhandelt - und dies gilt nicht nur für die Agrarpolitik -, der erleidet nicht nur Niederlagen in Serie, sondern der gefährdet auch den erreichten Stand der Integration und blockiert die künftige Entwicklung.

Neben diesem grundsätzlichen Aspekt muß man angesichts der Verhandlungstaktik des erfolglosen Kiechle auch fragen, welche agrarpolitischen Mängel ihr anhaften:

O Kiechle hat zwar die Reduzierung der Überschüsse gefordert, aber dafür nie ein Rezept angeboten. Seine Antwort auf die Kommissions-Vorschläge, die dieses über das Einfrieren oder Senken der Preise erreichen will, war nur NEIN. Damit sind die Probleme bei Milch und Getreide aber nicht zu lösen. Die von ihm erreichten Korrekturen, Verschiebung der Quotenkürzung bei Milch um ein Jahr und Zuschlag für Brotweizen, sind die „drei Sous“, von denen der neue französische Landwirtschaftsminister Guillaume sprach, als er die maximalistische Verhandlungstaktik Kiechles und ihr wahrscheinliches Ergebnis kritisierte. Kiechles Antwort hätte schon 1985 ein Paket von Vorschlägen sein müssen, das bei der Milchquotenkürzung, Quotenkauf, direkte Einkommensbeihilfen und soziale Ergänzungen kombinierte, um die unvermeidliche Reduzierung der Milchüberschüsse sozial abzufedern. Vorgetragen wurden nur Halbheiten, die nicht einmal ansatzweise ein Konzept erkennen ließen.

O Dies gilt in derselben Weise auch für Kiechles Getreidepolitik, bei der unüberhörbar die Frage auftaucht, ob das Bundeslandwirtschaftsministerium keine Getreideexperten hat oder, ob der Minister nicht auf sie hört.



O Ein weiteres Versagen Kiechles ist seine zögerliche Haltung zu den direkten Einkommenshilfen. Nachdem immer deutlicher wurde, daß für die deutschen Landwirte über den Preis allein das Einkommen nicht mehr zu sichern ist hätte schon nach der Preisrunde 1984 ein deutliches Signal an die EG-Kommission gegeben werden müssen. Als die EG-Kommission im Grünbuch 1985 selbst die direkten Einkommensbeihilfen anbot, durfte der deutsche Landwirtschaftsminister nicht zögern dieses neue Element der Einkommenspolitik nachdrücklich zu unterstützen. Gekommen ist jedoch von Kiechle nichts. Und die verunsicherte EG-Kommission hat dann über Monate ihre Überlegungen zurückgehalten, da sie keine Unterstützung von den großen Mitgliedsländern erfuhr. Kiechles Versagen bewirkte Zeitverlust und eine Verstümmelung der ursprünglichen Kommissionsvorstellungen. Schließlich führte das zu der Trennung von Preisbeschlüssen und sozialen Maßnahmen, auf deren Verabschiedung die Landwirte noch werden warten müssen. Die deutschen Landwirte mit den kleinen und mittleren Einkommen hätten davon profitiert, wenn die Bundesregierung ihr politisches Gewicht frühzeitig auf diesen Aspekt der Einkommenspolitik konzentriert hätte.

Auch die eigenen bundesdeutschen Vorschläge, in Welze angekündigt, vom Bundeskabinett zur Kenntnis genommen und seitdem in den Mühlen der Koalitionsverhandlungen, sind mehr ein Dokument der Hilflosigkeit als eine Perspektive für die deutschen Landwirte. Das Programm ist in Einzelpunkten durchaus zustimmungsfähig. Seine unübersehbaren Mängel rufen jedoch Zweifel daran hervor, ob es je verabschiedet wird. Der finanzielle Umfang stößt auf die Vorbehalte des Finanzministers und des Koalitionspartners, seine EG-rechtliche Absicherung ist offen und schließlich gibt es Vorbehalte der Landwirte selbst, da es die Frage nach der Einkommensperspektive der kleinen und mittleren Landwirte unzureichend beantwortet.

Die deutsche Agrarpolitik verlangt nach einem Bundeslandwirtschaftsminister, der auf der Höhe des Problems ist, der international verhandlungsfähig ist, der Verhandlungsspielräume nutzt und nicht verschenkt, der EG-Maßnahmen mit nationalen Maßnahmen zu kombinieren weiß und sich nicht in den nationalen Alleingang treiben läßt. Ignaz Kiechle ist dieses nicht und kann dieses alles nicht.

(-/28.4.1986/rs/ks)

* * *



Gesetzlicher Auftrag nicht erfüllbar

Die nationale Meldestelle für gefährliche chemische Stoffe ist unterbesetzt

Von Hans Urbaniak MdB

Die nationale Melde- und Bewertungsstelle für gefährliche Stoffe im Rahmen des Chemikaliengesetzes ist seit dem 1. Januar 1982 bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz in Dortmund eingerichtet. Ihre Aufgabe soll es sein, durch die Prüfung aller neuen und auch alten chemischen Stoffe durch zielgerichtete Tests die eventuelle Langzeitgefährdung von Mensch und Umwelt festzustellen, um so die Gefährdungsproblematik in den Griff zu kriegen.

Nachdem die Anfangsschwierigkeiten seit langem überwunden sind, arbeitet die nationale Meldestelle inzwischen sehr effektiv. Trotzdem hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt, daß durch das starke Ansteigen der Meldevorgänge neuer chemischer Stoffe die Untersuchungen von Altlasten zu kurz kommen.

Ein Grund dafür ist die personelle Unterbesetzung der Bundesanstalt, für die der Bundesrechnungshof schon im Jahre 1982 einen Mindeststellenbedarf von 16 Stellen veranschlagte. Diese Zahl ist bis heute noch nicht erreicht und die Bundesregierung war in den vergangenen Haushaltsberatungen auch nicht bereit, die anfallenden Aufgaben der Bundesanstalt mit der Zahl der Mitarbeiter in einen vernünftigen Einklang zu bringen.

Wenn man sich vor Augen führt, daß bisher nur ungefähr fünf Prozent der 100.000 Altstoffe, die auf dem Markt sind, auf ihre Langzeitwirkung untersucht werden konnten, so ist damit klar, daß der Gesetzauftrag nicht ordnungsgemäß erfüllt wird und die Arbeitnehmer, die mit diesen Stoffen in Berührung kommen, nicht dem von der damaligen Bundesregierung gewollten Schutz erfahren.

Die Annahme der jetzigen Bundesregierung, die chemische Industrie werde durch Selbstkontrolle die Gefahren mindern oder gar beseitigen, ist Ausdruck von bloßem Wunschdenken.

Aus diesem Grunde ist das Konzept der SPD-Bundestagsfraktion für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik mehr als gerechtfertigt und die darin aufgestellten Forderungen sollten schnellstens in die Tat umgesetzt werden.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß bei Schäden, die durch chemische Stoffe entstanden sind, von den Verursachern erst einmal der Versuch gemacht wurde, diese Schäden zu vertuschen. Wenn das nicht gelang, wurden sie verharmlost und erst wenn es sich gar nicht mehr vermeiden ließ, wurde die Öffentlichkeit in vollem Umfang informiert.

Letztes Beispiel: die Gefährlichkeit von Formaldehyd. Auch hierbei handelte es sich um einen Altstoff, und keiner kann heute sagen, wieviele chemische Zeitbomben schon auf dem Markt sind, die unsere Umwelt und unsere Gesundheit gefährden.

Es ist bezeichnend für diese Bundesregierung, daß sie trotz dieser Vorfälle, wie ihr Parlamentarischer Staatssekretär Spranger am 13. März 1986 in der Fragestunde des Deutschen Bundestages sagte, zur Zeit keinen gesetzlichen Handlungsbedarf sieht. Der von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachte Antrag sieht Schutzvorschriften vor, die uns alle angehen und die uns alle zugute kommen.

Sollte die Rechtskoalition diesen Antrag ablehnen, so liefert sie einen erneuten Beweis dafür, daß ihre Sorge um Umwelt- und Arbeitsschutz nur Lippenbekenntnisse sind. (-/28.4.1986/rs/ks)

* * *

Neueinstellungen statt Überstunden

Eisenbahner wehren sich gegen den beabsichtigten Finanzausgleich

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)

3,4 Millionen Überstunden haben sich bei der Bundesbahn als Folge des Personalabbaus der letzten Jahre aufgestaut. Da DB-Vorstand und Bundesverkehrsminister weiter an ihrem Konzept des radikalen Stellenabbaus festhalten, wird nun versucht, den Eisenbahnern ihre Mehrleistungsstunden abzukaufen, statt den notwendigen Freizeitausgleich zu ermöglichen.

In den letzten vier Jahren wurden insgesamt 43.500 Arbeitsplätze bei der Deutschen Bundesbahn vernichtet. Es werden kaum noch neue Mitarbeiter eingestellt. Die Mehrzahl der bei der Deutschen Bundesbahn ausgebildeten Jugendlichen hat sich woanders eine Anstellung suchen müssen. Entsprechend schnell ist das durchschnittliche Lebensalter der Eisenbahner gestiegen. Lag es 1982 noch bei 42 Jahren, so sind es heute bereits 43 Jahre. Bei Fortführung der jetzigen Personalpolitik wird es bis 1990 auf 45 Jahre steigen.

Die Folgen dieses unverantwortlichen personellen Kahlschlags sind allenthalben sichtbar. An allen Ecken und Enden fehlt das notwendige Personal. Der Kundenservice leidet und Engpässe in der Betriebsabwicklung zeigen sich.

Es stellt eine bewußte Verdummung von Bevölkerung und Eisenbahnern dar, wenn Bundesarbeitsminister Blüm mit einer gesetzlichen Beschränkung von Überstunden droht, während gleichzeitig aufgrund der Leitlinien der Bundesregierung die Deutsche Bundesbahn daran gehindert wird, die notwendigen Neueinstellungen vorzunehmen. So kann man mit den Eisenbahnern nicht Politik machen. Eine Abgeltung der Mehrleistungen durch Geld lehnen die Beschäftigten der Deutschen Bundesbahn entschieden ab.

Allein im Lokfahrdienst haben dies in den letzten Wochen 10.000 Mitarbeiter durch ihre Unterschrift nachdrücklich dokumentiert. Die Eisenbahner leisten ihren unregelmäßigen Wechseldienst überwiegend nachts und an Sonn- und Feiertagen, in Zeiten, in denen sich andere erholen, sich ihrer Familie widmen oder sich am kulturellen Leben beteiligen. Für ihre verantwortungsvolle und hochwertige Tätigkeit wollen sie deshalb Freizeitausgleich.

Notwendig ist eine verantwortungsvolle Personalpolitik. Der dringende Personalbedarf muß unverzüglich durch Neueinstellungen gedeckt werden. Von der unhaltbaren Zielgröße von 230.000 Eisenbahnern im Jahr 1990 muß endlich abgerückt werden. Nur so ist zu gewährleisten, daß die Deutsche Bundesbahn den Anforderungen eines umfassenden öffentlichen Verkehrsunternehmens auch in Zukunft gewachsen ist.

(-/28.4.1986/rs/ks)

* * *